

Sofortige Einrichtung einer KGS gefordert

Obernkirchen. Konrad Bögel und Richard Wilmers kämpfen weiter. Mit ihrer „Initiative Bildungspolitik für Alle“ (IBA) setzen sich auch nach der Veröffentlichung des neuen Arbeitspapiers der „Strukturreform-Kommission“ des Landkreises für die sofortige Einrichtung einer Kooperativen Gesamtschule (KGS) in Obernkirchen ein. Sie warnen vor einer Zwei-Klassen-Bildung zwischen den Gymnasien in den Städten auf der einen und den Förderstufen „auf dem Lande“ auf der anderen Seite.

Bögel und Wilmers haben „eine völlig andere Sicht“ zur Verteilung von Förderstufen und gymnasialen Bildungsangeboten als der Landkreis. Das Ziel der IBA ist die weitestgehend gemeinsame und wohnortnahe Beschulung. Die Kinder sollen gesellschaftsbezogen heranwachsen und vor allem nicht unnötig durch Bildung und Erziehung getrennt und schon in jungen Jahren zu „Bildungsnomaden“ gemacht werden. Die IBA begrüßt zwar, dass SPD, Kreistagsgremien und Kreisverwaltung „endlich von ihrem Märchen Abstand nehmen“, Obernkirchener Schüler könnten im Falle der Einrichtung einer KGS durch Los vom Schulbesuch am eigenen Ort ausgeschlossen werden. „Mit dieser Begründung war das vom Land längst genehmigte Projekt einer KGS in Obernkirchen unbegründet auf Eis gelegt worden“, so Bögel. „Verschleiert wurde damit etwas ganz anderes, nämlich die Absicht, Schülerströme schon ab dem Alter von zehn Jahren in vorher nie gekanntem Ausmaß in die Gymnasialstädte des Landkreises zu lenken und arm und reich sowie Stadt und Land noch mehr zu trennen.“ Nach den neuesten Plänen des Kreises, so Bögel weiter, „sollen neue Räume für keineswegs erforderliche Förderstufen an den Gymnasien eingerichtet und dafür Schulräume auf dem Lande als Bildungsbrachen leer stehen“. Die Ausbauten an den Gymnasien und die Schülertransporte würden enorme Mittel verschlingen, welche für neue didaktische Konzepte und das dafür erforderliche Personal dringend benötigt würden. „Andere Kreise in Niedersachsen lassen sich mit ihren Überlegungen reiflich Zeit“, berichtet Bögel. Orientierungsstufen müssten ja auch erst irgendwann bis 2008 durch Förderstufen ersetzt worden sein. Der Landkreis Schaumburg habe sich durch den übereilten Abbruch der Einrichtung einer genehmigten KGS in Obernkirchen jetzt selbst in Zugzwang gesetzt: „Es eilt, nur das Ziel wird verkannt, ja verfehlt, der Weg ganz offensichtlich verzerrt.“

Die Lösung aus diesem Dilemma wäre einfach: „Sofortige Einrichtung der KGS in Obernkirchen mit der Festlegung eines Schulbezirks (für die Förderstufe und die Zweige der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums), das dem Einzugsbereich des gegenwärtigen Schulzentrums entspricht“, fordern Bögel und Wilmers in einer Presseerklärung. Ob und welche existierenden Gymnasien im Landkreis mit diesem Schulbezirk überlappen sollen, sei zweitrangig. Freiheit in der Wahl der nächstgelegenen Schule oder einer anderen Schulform bestünde ohnehin. Sie geben zu Bedenken: „Förderstufen sind nach dem Gesetz landesweit gleichartig und gleichwertig und keineswegs gymnasium-, realschul- oder hauptschul-spezifisch.“ Hierfür die Schulstruktur durcheinander zu bringen, könne nicht Sinn des neuen Gesetzes sein, das ausdrücklich die Chancengleichheit der Schüler garantieren will. Genau diese Chancengleichheit verliere der Kreis jedoch aus dem Blick, wenn unnötiger Weise das ganze System von Orientierungs- beziehungsweise Förderstufen zugunsten bestehender Gymnasien und deren Standorte umgekrempelt wird. „Nicht nur, dass Obernkirchen mal wieder zurückgesetzt und seine Jugend vernachlässigt wird“, mokiert Bögel. Er befürchtet generell eine Zwei-Klassen-Bildung: „Aus den geplanten elitären Förderstufen an Gymnasien sollen – so die rechnerischen Vorgaben des Landkreises – 90 Prozent der Schüler auf das Gymnasium übergehen, aus den Förderstufen auf dem Lande aber nur mal 15 Prozent. Also Förderstufen unterschiedlicher Qualität.“ Familien, die etwas auf sich halten, glaubt Bögel, würden in Zukunft ihre Kinder in die Gymnasialstädte schicken. Eine geradezu konträre Entwicklung, als sie das neue Gesetz vorsehe, das die soziale Bindung stärken und die Spaltung der Gesellschaft minimieren wolle. „Die Gymnasiallehrer sollen“, so interpretieren Bögel und Wilmers das Gesetz, „zu den Wurzeln unserer Gesellschaft reisen, nicht umgekehrt“. Für den morgigen Donnerstag, 21. November, 19.30 Uhr laden Bögel und Wilmers zu einem Diskussionsabend in den Ratskeller Stadthagen ein.